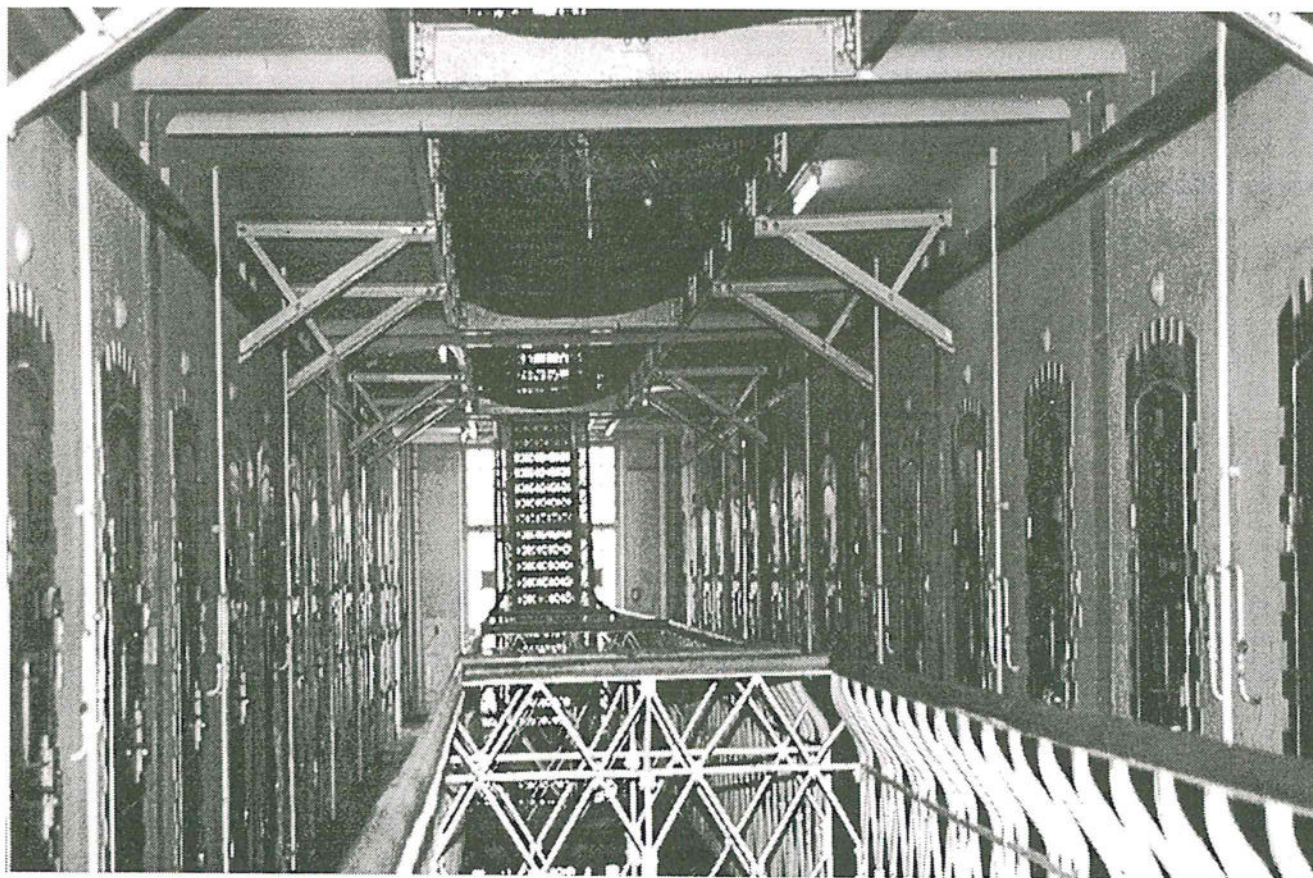




Schreiben gegen Willkür und Zensur – Journalismus hinter Gittern

Die Macht der Presse? Wie es gelingen kann, Zensur und Willkür zu durchbrechen...

Jens Stuhlmann

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film wird gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ (Grundgesetz Artikel 5, Abs. 1)

Die Zeitungen haben Namen wie *Der Kaktus*, *Das Pendel* oder auch *Aufschluß*. Sie erscheinen meist in sehr geringen Auflagen, und kaum jemand kennt sie. Das ist kein Wunder, denn es handelt sich um Zeitungen, die hinter Gefängnismauern

erscheinen. Die RedakteurInnen können nicht schreiben, was sie wollen, sie unterliegen der Zensur, und wenn sie überhaupt „bezahlt“ werden, liegt ihr Monatsverdienst bei etwa 150 DM. Derzeit gibt es 55 Gefangenenzeitungen, die in unterschiedlicher Auflage unter unterschiedlichen Arbeitsbedingungen jeweils in den Gefängnissen der Republik erscheinen. Bis auf wenige Ausnahmen sind die jeweiligen HerausgeberInnen und damit auch ZensorInnen die GefängnisdirektorInnen, die allein darüber entscheiden, ob und mit welchen Inhalten das Blatt erscheinen darf. Hinter Gittern gelten weder Pressefreiheit noch das Recht auf freie Meinungsäußerung, und oft genug ist den Verantwortli-

chen allein die Existenz einer Gefangenenzeitung bereits ein Dorn im Auge.

Der Kampf, mehr zu sein als bloßes Verkündungsorgan der Anstaltsleitung

Die Bedingungen, unter denen die gefangenen RedakteurInnen arbeiten müssen, sind so unterschiedlich wie Aufmachung und Inhalt der Zeitungen. Während einige wenige inzwischen über moderne Arbeitsmittel wie PC und entsprechende Programme verfügen, müssen andere mit einer mechanischen Schreibmaschine vorliebnehmen. Während manche zumindest nach den allge-

mein geltenden Knastbedingungen „bezahlt“ werden, sind andere gezwungen, jegliche Redaktionsarbeit zusätzlich in ihrer Freizeit zu erledigen. In den seltensten Fällen ist die jeweilige Justizverwaltung bereit, sich an den entstehenden Kosten zu beteiligen oder gar die Finanzierung der Gefangenenzeitung zu übernehmen, meist finanzieren sich die Zeitungen durch Spenden, um überhaupt erscheinen zu können. Unter den gegebenen Umständen auch nur monatlich eine lesbare Zeitung zu machen, ist für die meisten RedakteurInnen nicht nur harte Arbeit – denn die wenigsten von ihnen hatten vorher etwas mit Schreiben, mit einer Zeitung zu tun – sondern erfordert ob der dauernden Behinderungen, der Zensur und der von oben verordneten Unselbständigkeit, auch eine hohe Frustrationstoleranz. So klagen denn die meisten Gefangenenzeitungen auch regelmäßig über mangelnde Beteiligung der Mitgefangenen und die Redaktionsarbeit ist von hoher Fluktuation unter den RedakteurInnen geprägt.

Ein Weg nach draußen?

Kontakte nach draußen gibt es in den wenigsten Fällen, sie sind eher die Ausnahme. Das ist genau so auch gewollt, denn Öffentlichkeit, die öffentliche Diskussion der realen Zustände im bundesdeutschen Strafvollzug wird von den Verantwortlichen der Justiz nicht nur nicht gewollt, sondern zu be- und verhindern versucht, wo dies nur geht. Die Abschottung gegenüber der „freien“ Presse ist das eine, die Unterdrückung jeglicher kritischer Meinungsäußerung von Gefangenen ein weiteres. Gefangenenzeitungen, die mehr sein wollen als bloßes Verkündungsorgan der jeweiligen Anstaltsleitung, müssen sich dies regelmäßig und immer wieder erkämpfen, und wenn sie nicht über Kontakte und Unterstützung außerhalb der Mauern verfügen, ist dieser Kampf beinahe von vornherein zum Scheitern verurteilt. Eine Rechtsgrundlage, die den Gefangenenzeitungen bestimmte

Standards ermöglichte, existiert de facto nicht. Willkür, Zensur und ein quasi rechtsfreier Raum bestimmen den Alltag der RedakteurInnen. Von auch nur ähnlichen Arbeitsmöglichkeiten, wie sie außerhalb der Mauern in Redaktionen üblich sind, kann keine Rede sein, nicht nur deshalb, weil Recherche, Information und anderes mehr für die gefangenen RedakteurInnen schwerlich, oft genug auch überhaupt nicht möglich sind, sondern auch viele von ihnen die Grundbegriffe journalistischen Handwerks nie gelernt haben. So sind denn auch die meisten Gefangenenzeitungen nicht viel mehr als ein Stapel zusammengehefteter Kopien, ihr Inhalt reicht von einer „Presseschau“ über interne Mitteilungen für die Gefangenen bis hin zum obligatorischen Kreuzworträtsel. Die Auflagen der Gefangenenzeitungen bewegen sich mit wenigen Ausnahmen zwischen 100 und 1 000 Stück, selten gelangen daher Exemplare überhaupt nach draußen. Darauf jedoch stellen die meisten Redaktionen entsprechend den Vorgaben der Gefängnisbosse auch nicht ab. Dabei ist es durchaus nicht so, daß eine gerade auch öffentliche Diskussion, eine Information über die Zustände hinter Gittern etwa von den Menschen außerhalb der Gefängnismauern nicht erwünscht wäre – im Gegenteil. Menschen außerhalb der Mauern jedoch Informationen zu vermitteln, gar zu einem Dialog über die Mauern hinweg, einem beiderseits besseren Verständnis kommen zu wollen, ist die Ausnahme von der Regel und muß, wie das folgende Beispiel zeigt, gegen den Widerstand der Justizverantwortlichen durchgesetzt werden.

blickpunkt

Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel, genannt „Santa Fu“, die größte geschlossene Strafanstalt in Hamburg. Hier sitzen Gefangene mit Strafen zwischen zwei Jahren und lebenslänglich ein. Hier erscheint der *blickpunkt*, bereits seit 20 Jahren gibt es hinter diesen Mauern eine Gefangenenzeitung. Noch vor zwei Jahren erschien der *blickpunkt* in einer Auflage von 1 000 Stück als Heft im DIN A5 Format, der größte Teil der Auflage blieb hinter den Mauern, nach draußen gelangten nur einzelne Exemplare an Menschen, die diese ausdrücklich angefordert hatten. Zum damaligen Zeitpunkt gab es eine „Redakteursstelle“, die nach der „Lohnstufe 3“, das sind täglich ca. 9 DM, „entlohnt“ wurde.

Traditionsgemäß wurde der jeweilige Nachfolger von den Gefangenen vorgeschlagen, mußte dann jedoch durch den Anstaltsleiter eingesetzt und bestätigt werden. Da der bisherige Redakteur in den offenen Vollzug verlegt wurde, schlug er mich vor nunmehr zwei Jahren als Nachfolger vor – dies lehnte jedoch der

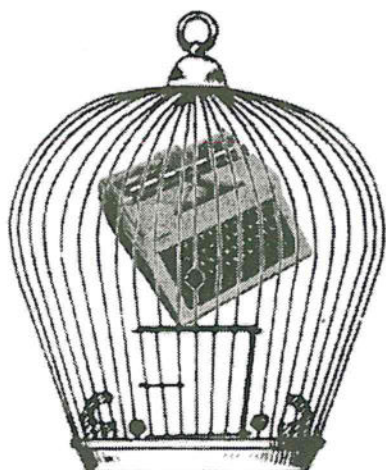
Knast zunächst ab. Zu diesem Zeitpunkt hatte es bereits ob meiner Tätigkeit als freier Journalist und verschiedener Artikel über den realen Zustand des Strafvollzuges Auseinandersetzungen gegeben, die entsprechende Schreibe paßte



den Herren nicht. So gelang es erst nach gemeinsamem Druck von Gefangenen wie Kollegen draußen, meine Beschäftigung als Redakteur der Gefangenenzeitung zu erreichen. Nach verschiedenen Diskussionen und Gesprächen unter uns Gefangenen war relativ schnell klar, daß das Ziel des *blickpunkt* künftig vorrangig die Information einer möglichst breiten Öffentlichkeit sein sollte. Die Menschen außerhalb der Mauern sollten authentisch, von den Betroffenen, über den Zustand hinter den Mauern informiert werden. Zunächst noch im alten Format und mit einer Auflage von anfangs 2 000 Exemplaren erschien bereits die zweite Ausgabe mit zum Teil leeren Seiten und dem Hinweis „zensiert“: Der Anstaltsleiter hatte einen längeren Artikel über die „medizinische Versorgung“ und den Tod eines Gefangenen aus dem Blatt gekippt. Durch Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen „draußen“ sowie nicht zuletzt meiner Gewerkschaft, der IG Medien, ging dieser Schuß nach hinten los: Artikel in der *ZEIT* und der *taz* sowie ein Rundfunkbericht im WDR stellten erst recht Öffentlichkeit her, Kolleginnen und Kollegen fragten nach, und der Anstaltsleiter lernte: Zensur zahlt sich nicht aus. Nach und nach und mit der Unterstützung vieler Menschen draußen gelang der weitere Ausbau der Zeitung.

Öffentlichkeit...

Heute erscheint der *blickpunkt* in einer monatlichen Auflage von 15 000 Exemplaren. Er liegt derzeit an circa 150 Stellen in Hamburg zur weiteren Verbreitung aus, in Bezirks- und Ortsämtern



sowie anderen Behörden, in Theatern und Kneipen, in Buchhandlungen und Geschäften, in Kinos und Veranstaltungszentren. Die Zeitung erscheint im sogenannten Berliner Format (wie zum Beispiel auch die *taz*) und wird im Rotationsdruck in einer Druckerei draußen gedruckt. Und die Nachfrage steigt: Inzwischen haben sich bereits mehr als 400 Stellen aus den unterschiedlichsten Bereichen bereit erklärt, die Gefangenenzzeitung auszulegen, so daß wir eine Erhöhung der Auflage auf monatlich 30 000 Exemplare ab Januar 98 geplant haben. Nach wie vor finanziert sich die Zeitung ausschließlich aus Spenden, die sowohl von Privatpersonen als auch von Stiftungen oder zum Beispiel Werbeagenturen kommen. Mit zunehmender Auflage allerdings wird diese Art der Finanzierung durch „Gelegenheits-spenden“ schwieriger, so daß wir uns derzeit bemühen, SponsorInnen zu finden, die eine dauerhafte Finanzierung sichern können. Die Finanzierung des Blattes, das nach wie vor grundsätzlich für jede/n kostenlos ist, stellt heute das wohl größte Problem dar. Bei der ab Januar 1998 ins Auge gefaßten Auflagensteigerung auf 30 000 Exemplare bedeutet dies monatliche Kosten von ca. 8 000 DM für Druck, Porto, Vertrieb und Postzeitungsdienst (derzeit ca. 500 AbonnentInnen). Kommt hinzu, daß die Anstalt auf einen auch nur halbwegs professionellen Umgang nicht eingestellt ist, sie kennt nur das eigenwillige, chaotische Finanzgebarren der Behörde, wo Abrechnungen Monate dauern und niemand so recht durchblickt. So kommt es denn auch, daß der Redaktionsgemeinschaft, die inzwischen aus zwei

97, also vor mehr als neun Monaten, seither wissen wir nur teilweise, welche Spenden eingegangen sind, wir kennen bis heute den Kontostand nicht – selbst verwalten dürfen wir die Gelder als Gefangene nicht, sie werden durch einen Verein verwaltet, dessen Vorsitzender der Anstaltsleiter ist.

...und der Versuch ihrer Verhinderung

Zwei Tage vor dem Druck der Ausgabe November 97 hat der Anstaltsleiter mitteilen lassen, ein Druck könne nicht erfolgen, da „offensichtlich die Finanzierung nicht gesichert“ sei – wir halten das für eine Ausrede, mit der lediglich versucht werden soll, die weitere Ausweitung der Aktivitäten zu verhindern. Wir denken, daß man den Anstaltsleiter massiv unter Druck gesetzt hat, weil die Leitung der Justizbehörde inzwischen, noch dazu ob des nicht etwa unpolitischen Inhaltes der Gefangenenzzeitung, deren weitere Verbreitung verhindern will. Neben Berichten über Versäumnisse und skandalöse Zustände im Justizbereich und praktische Probleme des Vollzuges wird in und mit der Zeitung heute auch ein Stück kriminalpolitische Debatte geführt, an der sich sogar RichterInnen, StaatsanwältInnen oder andere „Fachleute“ beteiligen. Da man sich offene Zensur nicht mehr traut, versucht man also, auf subtilere Art und Weise das weitere Erscheinen auszuhebeln. Während Menschen außerhalb der Mauern nicht nur interessiert sind, sondern viele sich bemühen, mitzuhelfen, Unterstützung zu leisten, ist den Verantwortlichen der Justiz das Blatt inzwischen mehr als suspekt, und man würde es lieber heute als morgen abschaffen, wenn das problem- und geräuschlos möglich wäre. Der Anstaltsleiter selbst allerdings hat einen Lernprozeß durchgemacht, er spricht heute davon, daß „Strafvollzug von der Auseinandersetzung lebt, auch der öffentlichen“ – und steht damit innerhalb der Behörde selbst unter Druck. Als er es ablehnte, den Leitartikel einer Ausgabe, bei dem es um prügeln-de Beamte einer übergeordneten „Sicherheitsgruppe“ ging, aus dem Blatt zu kippen, gab es, wie die *Hamburger Morgenpost* zu berichten wußte, „Krach innerhalb der Justiz“. Eine der Folgen: Künftig muß jede Ausgabe des *blickpunkt* vor dem Erscheinen der Leitung der Justizbehörde vorgelegt werden, die dann über die endgültige Freigabe entscheidet. Aus einem Zensor drohte ein Verfechter von Transparenz und öffentlicher Diskussion zu werden – das wollte man offensichtlich in der Hamburger Justizbehörde nicht durchgehen lassen. Und mehr noch: Sowohl als Redakteur als auch als Gefangenensprecher habe ich inzwi-

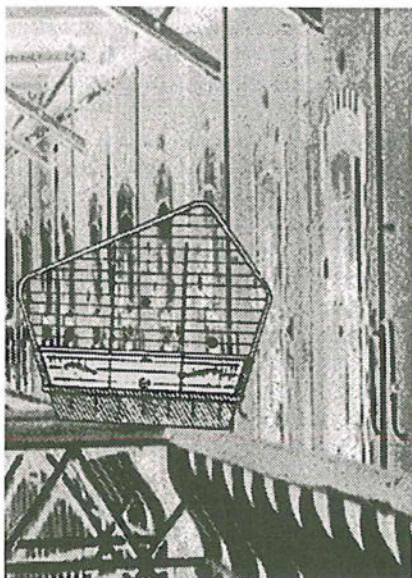
Aus Platzgründen können hier nicht alle Anschriften der 55 in der Bundesrepublik erscheinenden Gefangenenzzeitungen genannt werden. Wer jedoch Interesse hat, in eine Zeitung einmal reinzuschauen, sie zu abonnieren oder mehr Informationen zu bekommen, kann eine Liste der Zeitungen und weitere Informationen anfordern bei

Westfälische Wilhelms-Universität
Institut f. Deutsche Sprache u. Literatur
–Dokumentationsstelle Gefangenenzliteratur–
Philippstr. 17
48149 Münster
Tel.: 0251/83 - 393 16
Fax : 0251/83 - 383 69

Redaktion blickpunkt
Am Hasenberge 26/JVA
22335 Hamburg
Tel.: 0 40/5 91 03 - 346
Fax : 0 40/5 91 03 - 480

schen, teilweise gemeinsam mit dem Anstaltsleiter, an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionen über Strafvollzug teilgenommen oder solche initiiert, und in einer bisher 14-tägigen, ab Januar wöchentlichen Radiosendung, innerhalb derer auch der Anstaltsleiter zum Interview bereit war, berichten wir direkt über die aktuellen Zustände in den Hamburger Knästen. Bei all dem bleibt festzuhalten: Das Bedürfnis nach authentischer Information, nach gerade auch öffentlicher Diskussion über Sinn und Unsinn eines Strafvollzuges ist bei weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden, wie die Erfahrung zeigt. Es gilt allerdings, die Mauer aus Intoleranz, Sturheit und Abschottung zu durchbrechen, die die Justiz neben den Mauern aus Beton errichtet hat und hinter der sie bisher glaubte, ungeniert und willkürlich agieren zu können, wie es gerade in den Kram paßte. Öffentliche und damit auch demokratische Kontrolle war für die Herren ein Fremdwort. Auch die „freie“ Presse hat hier weitgehend versagt. Und diejenigen, die aus eigener Erfahrung über die Zustände berichten könnten, die Redakteure der Gefangenenzzeitungen, werden daran permanent gehindert, werden unterdrückt und zensiert. Dies aufzubrechen, ist ohne eine Unterstützung, ohne Solidarität von außen nicht möglich – wenn sie aber vorhanden ist, das zeigt gerade das Beispiel des *blickpunkt*, dann kann dies mindestens im Ansatz durchaus gelingen.

Jens Stuhlmann ist freier Journalist, zur Zeit Redakteur der Gefangenenzzeitung *blickpunkt* und Gefangenensprecher im Knast „Santa Fu“ in Hamburg.



„bezahlen“ Redakteuren und einigen „freien Mitarbeitern“ besteht, eingehende Spenden gar nicht mitgeteilt werden, daß Spendenbescheinigungen nicht erteilt werden und dergleichen mehr. Die letzte „Abrechnung“ erfolgte im März